



# Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

11.5039.02

PD/P115039  
Basel, 30. März 2011

Regierungsratsbeschluss  
vom 29. März 2011

## **Interpellation Nr. 12 Christine Wirz-von Planta betreffend Mahnmal** (Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 2. März 2011)

### **Interpellationstext**

„Die Diskussion über ein Mahnmal für Basel wird teilweise kontrovers geführt, wie aus der BaZ vom 1.2.2011 entnommen werden konnte: Das Institut für jüdische Studien der Universität Basel, namhafte unabhängige Historiker, die Aktion Kinder des Holocaust und die Israelitische Gemeinde distanzieren sich aus verschiedenen Gründen vom Holocaust-Denkmal in Riehen, welches von privater Seite errichtet werden soll.

Die Thematik ist nicht neu: Vor 14 Jahren wurde der Anzug Hanspeter Kehl an den Regierungsrat überwiesen mit der Forderung, in Zusammenarbeit mit dem Kunstkredit ein Mahnmal für abgewiesene Flüchtlinge des Zweiten Weltkrieges zu schaffen. Der Anzug wurde vom Grossen Rat an die Regierung überwiesen und drei Jahre später wie folgt beantwortet (Zitat):

“Die Schaffung eines Mahnmals für die abgewiesenen Flüchtlinge des Zweiten Weltkrieges und eines Ehrenmals für die Menschen, die den Flüchtlingen Hilfe leisteten, würde nicht nur bedeuten, Vergangenes zu ehren, sondern vor allem aus der heutigen Zeit das Geschehene zu thematisieren und aufzuarbeiten. Der Regierungsrat hat deshalb die Kunskommission beauftragt, die formellen und inhaltlichen Rahmenbedingungen für die Durchführung eines Wettbewerbs für die Schaffung eines Mahnmales zu prüfen.”

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wer zeichnete vor 11 Jahren verantwortlich bei der Kunskommission für die Umsetzung des Auftrages der Regierung?
- Zu welchen Schlüssen ist die Kunskommission insbesondere in Bezug auf die inhaltlichen Rahmenbedingungen gekommen?
- Aus welchen Gründen wurde auf die Durchführung eines Wettbewerbes verzichtet?
- Wie steht die Regierung heute zu einem Projekt: Museum für Flüchtlingsgeschichte im 2. Weltkrieg?

Christine Wirz-von Planta“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

**Antwort Frage 1:**

Gemäss Auftrag des RRB vom 25. Januar 2001 befasste sich die Kunstkreditkommission in mehreren Sitzungen mit dem Thema und erarbeitete eine interne Stellungnahme. Mit Bericht vom 4. Oktober 2001 präsentierte das Erziehungsdepartement die Resultate dieser Abklärungen dem Regierungsrat. Den Vorsitz der Kunstkreditkommission hatte damals Hedy Graber, Beauftragte für Kulturprojekte im Ressort Kultur des Erziehungsdepartements, inne. Sie verliess die Verwaltung des Kantons Basel-Stadt im Jahr 2004.

**Antwort Frage 2**

Die Kunstkreditkommission war der Meinung, dass Denkmale in Form von Ehren- und Mahnmalen eminenten Öffentlichkeitscharakter aufweisen. Um diesen erfüllen zu können, sollte sich die Bevölkerung längerfristig mit den Bewusstseinsprozessen, sozialen, ethischen Fragestellungen sowie politischen und rechtlichen Sachfragen auseinandersetzen können. Aufgrund früherer Erfahrungen aus der Denkmaldebatte, die vor allem in Deutschland geführt worden war, schien die Durchführung eines Wettbewerbs ohne Einbezug der Öffentlichkeit mit Diskussion und/oder anderen Sensibilisierungstechniken wenig Erfolg versprechend.

Die Kunstkreditkommission schlug deshalb vor, auf einer konkret noch zu bestimmenden Plattform unter Einbezug von Bürgerinnen und Bürgern, Forschung, Wissenschaft, Kirche, ev. noch lebenden Zeitzeugen, Medien und anderen gesellschaftlichen Institutionen eine Diskussion in Gang zu setzen. Damit sollten vor allem zwei Zwecke erreicht werden: einerseits Erforschung und Aufarbeitung der historischen Grundlagen und Bewusstseinsbildung der Bevölkerung. Ausserdem sollte die Interessenslage der verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen abgeschätzt und in die Prämissen eines eventuellen Wettbewerbs integriert werden können. Es sollte zudem geprüft werden, ob die Diskussion nicht allein im Kanton Basel-Stadt, sondern auch landesweit geführt werden könnte.

Generell sollte das Bewusstsein für diese Thematik auf breiter Ebene geweckt werden, wie es bildende Kunst allein in dieser Form nicht leisten kann. Die Kunstkreditkommission wies daraus folgernd darauf hin, dass nicht nur bildende Kunst, sondern auch weitere künstlerische und kulturelle Medien (Literatur, Musik etc.) am Prozess beteiligt werden sollten.

Diese drei Elemente – Partizipation der Öffentlichkeit und gesellschaftlich relevanter Institutionen; Reflexion über Sinn und Zweck einer Mahn- und Ehrenmalkultur; Prüfung des Einbezugs anderer Künste in den Prozess – waren Grundlagen, die nach Meinung der Kunstkreditkommission im Interesse einer gelingenden Durchführung eines Wettbewerbs für die Schaffung eines Mahnmals im Sinne der Interpellation zu berücksichtigen wären. Sollte das Resultat solcher Vorabklärungen das Bedürfnis nach der Errichtung eines reinen Gedenkobjekts artikulieren, sei die Kunstkreditkommission gerne bereit, die Aufgabe entgegenzunehmen und einen Wettbewerb für die künstlerische Umsetzung eines solchen Projektes auszuschreiben.

### Antwort Frage 3

Die Kunstkreditkommission nahm 2001 davon Abstand, einen Wettbewerb durchzuführen, ohne dass vorher eine öffentliche Debatte lanciert wird und schlug vor, eine entsprechende Arbeitsgruppe einzusetzen. Am 30. Oktober 2001 wurde das Erziehungsdepartement mit der Weiterbearbeitung beauftragt.

Der Grund, warum daraufhin keine weiteren Schritte im Sinne des Vorschlags der Kunstkreditkommission (zur Einberufung einer Arbeitsgruppe o.ä.) eingeleitet wurde, konnte nicht geklärt werden. Es sind auch keine entsprechenden verwaltungsinternen Aufträge pendent.

### Antwort Frage 4

Der Regierungsrat anerkennt die nach wie vor hohe gesellschaftliche Relevanz, aber auch Sensibilität des Themas und befürwortet, dass die Debatte von einer interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppe wieder aufgenommen wird mit dem Ziel, Handlungsempfehlungen für einen allfälligen Auftrag zur Durchführung eines Wettbewerbs an die Kunstkreditkommission zu geben.

Einem singulären Projekt Museum für Flüchtlingsgeschichte im 2. Weltkrieg steht der Regierungsrat angesichts der bereits bestehenden hohen Museumsdichte in Basel skeptisch gegenüber. Diese Frage muss nach Auffassung des Regierungsrates im Rahmen eines Museumskonzeptes integral diskutiert werden. Zu prüfen ist beispielsweise eine Anbindung an das vom Kanton Basel-Stadt subventionierte Jüdische Museum Schweiz oder die vertiefte Zusammenarbeit mit dem Historischen Museum Basel.

Der Regierungsrat wird die Diskussion über ein Mahnmal für Basel wieder aufnehmen. Dabei sollen die aktuellen Fragen, Diskussionen und Akteure mitberücksichtigt werden. In einem ersten Schritt soll dafür eine Gruppe von externen Expertinnen und Experten zusammengestellt werden, welche die Voraussetzungen für den ursprünglich geplanten Wettbewerb zur Errichtung eines Mahn-/Ehrenmals für Flüchtlinge und Helfende im Zweiten Weltkrieg prüft.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin